

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 03.02.2005 um 18.20 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Lux
Stadtrat Rank (ohne Ziffer 3, Beschluss)
Stadtrat Schardt (ohne Ziffer 2)
Stadträtin Schwab
Stadträtin Stocker
Stadtrat Straßberger
Stadtrat Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Baier
Stadträtin Dr. Endres-Paul
2. Bürgermeisterin Gold
Stadtrat Heisel
Stadträtin Heisel
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene
Stadtrat Jeschke
Stadtrat Dr. Kröckel
Stadtrat Mahlmeister

USW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy
Stadtrat Ley
Stadtrat Lorenz
Stadtrat May
Stadtrat Müller (ab 18.25 Uhr, Ziffer 1)
Stadträtin Richter

FBW-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Haag

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Konrad

Stadtrat Popp

ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

Berufsmäßige Stadträte: Stoppel

Rodamer

Groß

Berichterstatter: Amtsrat Teichmann

Dipl.-Ing. Lepelmann

Protokollführer: Verwaltungsfachangestellter Müller

Entschuldigt fehlten:

Bürgermeister Böhm

Stadtrat Schmidt

Stadträtin Wachter

Stadträtin Wallrapp

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Oberbürgermeister Moser mit, dass der Punkt 1 a) der Tagesordnung „Bauvoranfrage, Neubau eines Einkaufsmarktes“ aufgrund des zurückgezogenen Antrags von der Tagesordnung genommen wird.

1. Bausachen:

BGVNr. 222/03

Neubau eines Einfamilienhauses mit Garage

Fl.Nr. 623, Weinbergsteige, Gmkg. Hoheim

Bauwerber: S. u. J. Malguth, KT-Hoheim

A. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. –gruppen:

a. CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein findet, dass man beim Aufstellen des Flächennutzungsplans diese Fläche als Außenfläche ausgewiesen hat und man sich an diesen halten sollte. Da die Erschließung in diesem Bereich ebenfalls nicht gesichert ist, sollte man dem Vorhaben nicht zustimmen.

b. SPD-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene schließt sich den Äußerungen der CSU-Stadtratsfraktion soweit an. Er findet, dass man eine klare Linie vertreten sollte und somit dem Vorhaben nicht zustimmen.

c. UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Müller meint, dass das Problem in dieser Sache das bereits bestehende Gebäude in diesem Bereich ist und der Bauwerber daher auf Gleichbehandlung plädiert. Er ist aber der Meinung, aufgrund möglicher Folgefälle und der Regelung im Flächennutzungsplan dem Vorhaben nicht zuzustimmen.

d. FBW-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Haag meint, ob evtl. die Möglichkeit besteht, an der Grundstücksgrenze entlang die Kanalausbaumaßnahmen durchzuführen und somit beim evtl. Straßenausbau weitere bebaubare Grundstücke zu erlangen. Bezüglich der Kostenbeteiligung müsste mit den Grundstückseigentümern verhandelt werden.

e. KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Popp ist aufgrund der nichtgesicherten Erschließung der Meinung, die Genehmigung nicht zu erteilen.

f. ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt stimmt den Ausführungen der Verwaltung zu.

- B. Stadtrat Straßberger kann dem vorgetragenen nur insoweit zustimmen, wenn im Nachgang nochmals Verhandlungen mit dem Grundstückseigentümer geführt werden. Durch die Aufnahme dieses Bereichs in den Flächennutzungsplan soll im Gegenzug erreicht werden, dass man zur möglichen Friedhofserweiterung ein Grundstück erhält. Stadtrat Lorenz unterstützt den Vorschlag von Stadtrat Straßberger und meint, dass es die sinnvollste Möglichkeit sei, den Friedhof in Hoheim erweitern zu können. Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass zunächst über den Beschlussentwurf der Verwaltung abgestimmt werden muss.

C. Mit 26 : 1 Stimmen

Die bauaufsichtliche Genehmigung zum Neubau eines Einfamilienhauses mit Garage auf Fl.Nr. 623, Weinbergsteige, Gmkg. KT-Hoheim, durch S. u. J. Malguth, KT-Hoheim ist wegen Außenbereichslage (§ 35 BauGB) und nicht gesicherter Erschließung nicht zu erteilen.

D. Ohne Abstimmung

Laut Antrag von Stadtrat Straßberger wird die Verwaltung beauftragt, mit den Grundstückseigentümern zu verhandeln mit dem Ziel, evtl. die notwendigen Grundstücke zur Erweiterung des Friedhofes in Hoheim zu erhalten. Erst in der Folge soll über eine Änderung des Flächennutzungsplans entschieden werden.

2. Bausachen:

Nutzungsänderung und Umbau eines Lagerhauses
in eine Wohnanlage mit 16 Eigentumswohnungen und einem Büro
Fl.Nr. 1369 Tfl., Adalbert-Stifter-Str. 7, Gmkg. Kitzingen
Bauwerber. Mainland Immobilien GmbH, Kitzingen

(Stadtrat Schardt ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich in den Zuschauerbereich)

A. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. –gruppen:

a. CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein freut sich, dass die seit langem leerstehende Immobilie, nun eine ordentliche Nutzung erfährt. Seitens der CSU wird man dem Vorhaben zustimmen.

b. SPD-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene ist der Meinung, dass das Gebäude nach dem Umbau sehr gut aussehen wird und gibt seine Zustimmung dazu. Auf die Frage bezüglich des Bahnlärms teilt Dipl.-Ing. Lepelmann mit, dass die Bahn Bestandschutz genießt. Er denkt jedoch, dass es keine Probleme mit dem Bahnlärm geben wird.

c. UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Müller ist mit der Veränderung einverstanden. Er findet, dass dies städtebaulich gesehen eine ordentliche Lösung ist, welche die Mainseite attraktiver macht.

d. FBW-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Haag steht dem ganzen positiv gegenüber und findet, dass der Umbau eine Bereicherung für das Stadtbild ist. Er wird dem Vorgetragenen zustimmen.

e. KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Popp schließt sich seinen Vorrednern an.

f. ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt stimmt dem Vorhaben zu und hat keine Bedenken, dass der Lärm von der Realschule Auswirkungen auf die Ruhe in diesem Anwesen hat.

B. Mit 26 : 0 Stimmen

Die bauaufsichtliche Genehmigung zur Nutzungsänderung und Umbau eines Lagerhauses in eine Wohnanlage mit 16 Eigentumswohnungen und einem Büro auf Fl.Nr. 1369 Tfl. Adalbert-Stifter-Str. 7, Gmkg. Kitzingen, durch Mainland Immobilien GmbH, Kitzingen, ist nach Abschluss des Verfahrens zu erteilen.

Für den Hochwasserfall ist ein Notwege-Geh- und Fahrrecht zur Adalbert-Stifter-Str. hin vorzusehen.

3. Bausachen:

BGVNr. 78/04

Neubau eines Einfamilienwohnhauses

Fl.Nr. 381/1, Gmkg. Hohenfeld

Antragsteller: H. K. Köberlein, KT-Hohenfeld

Hier: Widerspruch gegen Ablehnungsbescheid v. 13.10.04

A. Oberbürgermeister Moser teilt mit, dass er von seinem Recht laut Geschäftordnung gebrauch gemacht hat, Beschlüsse, die er für unrechtmäßig hält, nicht zu vollziehen und dem Stadtrat nochmals vorzulegen.

Daraufhin geht Dipl.- Ing. Lepelmann kurz auf den Sachverhalt ein. Seiner Meinung nach ist es sinnvoll, den Beschluss des Verwaltungs- und Bauausschusses vom 18.01.2005 zu revidieren und die Angelegenheit der Regierung von Unterfranken zu Entscheidung vorzulegen.

Stadtrat Schardt als Stadtentwicklungsreferent stimmt den Aussagen von Dipl. -Ing. Lepelmann zu.

B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. –gruppen:

a. CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein meint, dass der gefasste Beschluss im Widerspruch zum Grundsatzbeschluss zur Hinterliegerbebauung steht, dadurch werden weitere Folgefälle aufkommen. Auch in Bezug auf den Flächennutzungsplan sollte dem Vorhaben nicht zugestimmt werden.

b. SPD-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene ist der Meinung, dass man sich am Grundsatzbeschluss zur Hinterliegerbebauung halten sollte. Der Beschluss vom 18.01.05 soll daher revidiert und der Widerspruch der Regierung zur Entscheidung vorgelegt werden.

c. UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Müller ist der Meinung, die Sache der Regierung zur Entscheidung vorzulegen. Der Beschluss des Verwaltungs- und Bauausschusses soll somit aufgehoben werden.

d. FBW-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Haag ist ebenfalls der Meinung, hierüber die Regierung von Unterfranken entscheiden zu lassen.

e. KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Popp schließt sich seinen Vorredner an.

f. ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt ist der Meinung, den Beschluss vom 18.01.2005 aufzuheben und die Angelegenheit der Regierung vorzulegen.

C. **Mit 25 : 1 Stimmen**

Dem form- und fristgerecht eingelegten Widerspruch gegen den Ablehnungsbescheid v. 13.10.04 i.S. Neubau eines Einfamilienhauses auf Fl.Nr. 381/1, Gmkg. Hohenfeld,

durch Herrn K. Köberlein, KT-Hohenfeld, kann nicht abgeholfen werden. Die Angelegenheit ist der Regierung von Unterfranken zur Entscheidung vorzulegen. Der Beschluss des Verwaltungs- und Bauausschusses vom 18.01.05 ist somit aufgehoben.

4. Umbau und Sanierung Archiv und Museum Einbau eines Personenaufzuges

A. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. –gruppen:

a. CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein teilt mit, dass die Fraktion, für die günstigere Variante des Spindelaufzuges ist. Er hofft, dass der finanzielle Rahmen durch den Einbau eingehalten werden kann und stimmt dem Ganzen zu.

b. SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul als Kulturreferentin stimmt dem Vorhaben, in der Hoffnung, dass die Kosten dabei nicht überschritten werden, zu.

c. UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Müller meint, dass der Einbau des Spindelaufzugs lediglich 1,5 % der Gesamtsumme umfasst und man deshalb dem Antrag von Stadtrat Konrad zustimmen sollte.

d. FBW-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Haag ist nicht für den Einbau des Aufzuges. Er meint, dass lediglich die baulichen Voraussetzungen für einen nachträglichen Einbau geschaffen werden sollten um bei diesem Vorhaben zunächst Kosten zu sparen.

e. KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Konrad äußert sich wie in seinem Antrag vorgetragen zum Vorhaben. Als Antragsteller ist er für den Einbau des Aufzuges.

f. ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt stimmt dem Antrag seines Stadtratskollegen zu. Sie möchte aber noch wissen, ob es baulich und von den Kosten her möglich ist, den Aufzug bis ins Dachgeschoss fahren zu lassen.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß teilt mit, dass dies nicht vorgesehen war und kann zu den baulichen Voraussetzungen sowie zu den Kosten daher keine Auskunft geben. Er schlägt vor, dies zu prüfen und es dem Stadtrat vor der Ausschreibung mitzuteilen, um evtl. Alternativ ausschreiben zu können. Hiermit besteht Einverständnis.

C. **Mit 6 : 21 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Ein Aufzug wird nicht eingebaut

D. **Mit 22 : 5 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Gemäss der vorliegenden Anträge wird der unter Nr. 1 des Sachvortrages beschriebene Spindelaufzug eingebaut.
3. Die erforderlichen Mittel in Höhe von ca. 40.000,00 € werden nach derzeitigem Kenntnisstand die ermittelten Gesamtkosten der Maßnahme in Höhe von 2.615.727,00 € nicht überschreiten.

5. Anfrage von 2. Bgmin Gold

- Liste Mobilfunkanlagen
- Einladung Fachveranstaltung Konzepte zum Umgang mit Mobilfunk in Kommunen

2. Bgmin Gold geht kurz auf die Liste zu den vorhandenen bzw. geplanten Mobilfunkanlagen ein. Ihr fehlen detaillierte Informationen beispielsweise, ob es sich um GSM oder UMTS Masten handelt. Des weiteren teilt sie mit, dass in Sickershausen in den Weinbergen bereits an einem Mobilfunkmast gebaut wird. Der Verwaltung ist nach eigener Aussage nichts bekannt. Sie bittet ebenfalls um Prüfung und genauere Mitteilung.

Außerdem bittet sie um Information zum Sachstand zu den Sendemasten in der Herrnstraße bzw. Ritterstraße, da die Stadt Kitzingen in diesem Bereich eine Gestaltungssatzung hat. Sie bittet um bessere Informationspolitik seitens der Verwaltung. Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel teilt mit, dass für den Bereich der Herrnstraße eine Beseitigungsanordnung erlassen wurde, wogegen bei der Regierung Widerspruch eingelegt worden ist. Diese hat zur Prüfung aufgefordert, ob für den Bereich evtl. eine Befreiung erteilt werden kann. Von Seiten der Stadt Kitzingen wurde dies abgelehnt, so dass der nächste Schritt, der Gang zum Verwaltungsgericht wäre.

Oberbürgermeister Moser sagt für diesen Fall weitere Informationen zu.

2. Bgmin Gold teilt weiterhin mit, dass sie eine Einladung zur Fachveranstaltung Konzepte zum Umgang mit Mobilfunk in Kommunen in Würzburg am 01.03.05 erhalten hat. An diesem Termin könne sie nicht teilnehmen und bittet, dass ein Vertreter der Verwaltung bzw. des Stadtrats diese Veranstaltung besucht.

6. Anfrage von Stadtrat Jeschke
Verkehrsführung am Rosenberg

Stadtrat Jeschke bittet um Prüfung, ob die Schilder zur Vorfahrtsregelung am Rosenberg abgenommen werden könnten, da die Durchfahrt am Rosenberg selbst verboten ist.

Oberbürgermeister Moser teilt mit, dass die Anwohner eine Durchfahrtsberechtigung besitzen und diese auf die Verkehrsführung hingewiesen werden müssen.

7. Anfrage von Stadtrat Konrad
Antrag wegen Straßenbeleuchtung

Stadtrat Konrad erinnert an seinen Antrag den er bezüglich Straßenbeleuchtung gestellt hat.

Oberbürgermeister Moser teilt mit, dass dieser derzeit geprüft wird.

8. Anfrage von Stadtrat Popp
Antrag Überprüfung städt. Dachflächen

Stadtrat Popp fragt nach, inwieweit die Behandlung seines Antrages auf Überprüfung städtischer Dachflächen schon durchgeführt worden ist.

Oberbürgermeister Moser teilt mit, dass sich die Verwaltung derzeit mit der Prüfung des Antrags befasst.

9. Anfrage von Stadtrat Müller

Termin wegen Jugendbeiratssitzung am 15.2.05

Stadtrat Müller bittet Stadträtin Stocker als Familien- und Jugendreferentin in Zukunft bei der Festlegung von Terminen darauf zu achten, dass immer dienstags Fraktionssitzungen stattfinden.

Oberbürgermeister Moser schließt die öffentliche Sitzung um 19.30 Uhr.

Oberbürgermeister
gez.
Moser

Protokollführer
gez.
Müller